

Grenzgänger und die Personenfreizügigkeit ab dem 01. Juni 2007

Ab dem 01. Juni 2007 tritt das Abkommen über die Personenfreizügigkeit zwischen der EU und der Schweiz in die 3. Stufe der kontrollierten Öffnung des Schweizer und des europäischen Arbeitsmarktes.

Konsequenz ist, dass auf Schweizer Seite die *Kontingentierung* für die Kurzaufenthaltsbewilligungen (EU: 115.000; EFTA: 200) und die Aufenthaltsbewilligungen (EU: 15.000; EFTA: 300) gegenüber den 15 alten EU-Bürgern (ab dem 10. Mai 2011 gilt der freie Personenverkehr auch für die Angehörigen der neuen EU-Staaten) und den EFTA-Angehörigen und die *Grenzzonen* aufgehoben werden.

Damit wird die vollständige Personenfreizügigkeit eingeführt; vorerst auf Probe, während der nächsten 7 Jahre, da sich die Schweiz gemäß der Schutz- oder Ventilklausel die Möglichkeit vorbehalten hat, jeweils für ein Jahr die Kontingentierung wieder einzuführen, wenn die Anzahl der ZuzüglerINNEN mehr als 10 % höher ist als der Durchschnitt der vergangenen drei Jahre. Erst ab dem 01. Juni 2014 herrscht dann zwischen der Schweiz und der EU die bedingungslose Personenfreizügigkeit.

Für die Erteilung einer *Grenzgängerbewilligung* war bisher erforderlich, dass dem Migrationsamt u.a. eine Wohnsitzbestätigung der Wohngemeinde in der Grenzzone eingereicht wurde.

Der in Deutschland ansässige Antragsteller musste daher seinen Wohnsitz im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Waldshut-Tiengen, Schwarzwald-Baar-Kreis, Tuttlingen, Konstanz, Sigmaringen, Biberach, Ravensburg, Bodenseekreis, Lindau, Oberallgäu, Freiburg oder der Kempten haben.

Umgekehrt musste der Grenzgänger mit Arbeitsort in Deutschland, im Kanton Basel-Stadt, Basel-Land, Solothurn, im Kanton Bern in den Bezirken Laufen, Moutier oder Wangen, im Kanton Jura im Bezirk Delémont im Kanton Aargau (ohne Bezirk Muri), im Kanton Zürich (ohne Bezirk Affoltern und Horgen), im Kanton Schaffhausen, Thurgau, St. Gallen, Appenzell Innerrhoden oder Appenzell Ausserrhoden wohnhaft sein.

Ab dem 01. Juni 2007 entfallen diese Grenzzonen, mit der Konsequenz, dass die Grenzgängerbewilligung auch dann erteilt wird, wenn der Wohnort und/oder der Arbeitsort ausserhalb dieser Zonen liegt.

Zukünftig liegt somit – aufenthalts-/bewilligungsrechtlich – die Grenzgängereigenschaft dann vor, wenn der Wohnsitz in Deutschland ist und in der Schweiz eine nichtselbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt wird (in vice versa).

Konnte bisher – cum grano salis – die bewilligungsrechtliche Einstufung als Grenzgänger als „indizierte Ausgangsbasis“ für die steuerrechtliche Beurteilung genommen werden (wobei die deutsche Finanzverwaltung m.E. bereits seit 2004 eine eigene „Grenzzone“ für die steuerrechtliche Qualifizierung entwickelt hatte), so bedarf dies in Zukunft einer genaueren Würdigung; insbesondere dürfte der Grund der Nichtrückkehr einer verstärkten objektiven Nachprüfung unterworfen werden.

M.E. wird die bewilligungsrechtliche Interpretation des Wohnsitzes zukünftig der steuerrechtlichen „Ansässigkeit“ gleichgesetzt werden müssen. Nur so kann die Bewilligung als Indiz für die steuerrechtliche Beurteilung der Grenzgängereigenschaft herangezogen werden. Ansonsten würde allein die Wohnsitznahme in der Schweiz zur Erteilung der B-Bewilligung führen, ohne dass die berufliche Nehrückkehr in den Kalkül gezogen wird. Die eindeutige Abgrenzung zur Grenzgängereigenschaft kann nur dadurch erreicht werden, dass sich die Ansässigkeit und der Arbeitsort in einem Vertragsstaat befinden.